

Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde (Redaktion)



Netzwerk AfD

Die neuen Allianzen im Bundestag

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2018

OBS-Arbeitspapier 30

OBS-Arbeitspapier 30

ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

Internet: www.otto-brenner-stiftung.de

Redaktion:

Malene Gürgen, Christian Jakob, Sabine am Orde

taz die tageszeitung

Rudi-Dutschke-Straße 23

10969 Berlin

E-Mail: netzwerkafd@taz.de

Weitere AutorInnen:

Hannah Bley, Sebastian Erb, Anne Fromm, Anna Grieben, Ernst Kovahl, Christian Rath, Nina Rink, Andreas Speit, Lea Wagner

taz-Koordination:

Malene Gürgen

OBS-Redaktion und Projektmanagement:

Ophelia Booth und Jupp Legrand

Satz und Gestaltung:

complot-mainz.de

Bildnachweis Titelgrafik:

taz

Redaktionsschluss:

17. Mai 2018

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

<https://taz.de/Netzwerk-AfD/!t5495296/>

Vorwort

Es war zu erwarten – und doch wirkte es wie ein Schock. Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 holte die Alternative für Deutschland (AfD) 12,6 Prozent der Stimmen. Erstmals seit 1961 sitzt wieder eine Partei rechts von der Union im Parlament – mit 92 Abgeordneten. Jedem/ jeder von ihnen stehen monatlich 20.870 Euro für persönliche Mitarbeitende im Bundestag sowie in den Wahlkreisbüros zu. Dazu kommen Mittel für die Fraktion, wo die AfD alleine 150 Stellen schaffen will. Insgesamt ergibt das mehrere hundert Arbeitsplätze – ein Stellenmarkt für rechtes Personal, das im Bundestag Zugang zu Ressourcen im Umfang von etwa 200 Millionen Euro und zu mitunter sensiblen Informationen erhält.

Die Erfahrung aus den Landtagen hat gezeigt, dass die AfD ihre Mitarbeitenden gerne in rechten Netzwerken rekrutiert. Anders als andere Fraktionen hält sie sich in der Regel sehr bedeckt, was ihre Auswahl angeht. Weil in der AfD aber die Grenze zwischen Demokraten und Extremisten immer mehr verschwimmt und in der Politik zunehmend darüber diskutiert wird, ob die Partei oder Teile von ihr vom Verfassungsschutz beobachtet werden sollen, ist wichtig zu wissen, wer für sie arbeitet. Gerade im Bundestag.

- Wen also stellt die AfD im Bundestag ein?
- Welche Netzwerke werden gestärkt?
- Was daran ist rechtsextrem und verfassungsfeindlich?
- Welche Grenzen fallen?

Diesen Fragen ist ein Rechercheteam der Tageszeitung die *taz* in den vergangenen Monaten nachgegangen, verstärkt durch Mitarbeitende der Zeitschrift *der rechte rand* und des *apabiz*, des *Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums* in Berlin. Beide Organisationen haben jahrzehntelange Erfahrung mit Recherchen rechts außen. Finanziell unterstützt wurde das Projekt von der Otto Brenner Stiftung (OBS). Die wichtigsten Ergebnisse des Rechercheprojektes wurden in den Monaten April, Mai und Juni in loser Folge in der *taz* veröffentlicht. Mit diesem Arbeitspapier der OBS machen wir die Ergebnisse der aufwendigen Recherchen in den unterschiedlichen Themenfeldern erstmals zusammenhängend, in Teilen auch aktualisiert und überarbeitet, öffentlich.

Die Bundestagsverwaltung spricht von bislang 279 Mitarbeitenden der AfD-Fraktion, doch dabei sind offenbar noch nicht alle verzeichnet. Das Rechercheteam hat fast 350 Namen von Mitarbeitenden recherchiert, die die AfD in Berlin und in Wahlkreisbüros beschäftigt. Die Mitarbeitenden haben eine wichtige Rolle: Sie schreiben Kleine Anfragen, Gesetzesentwürfe und Reden, sie machen die Pressearbeit, sie betreuen die Social-Media-Präsenz der Abgeordneten, halten von Berlin aus Kontakt in die Wahlkreise, die Mitarbeitenden im Bundestag sind auch AnsprechpartnerInnen für Fragen aus der Bevölkerung.

Durch den Einzug der AfD in den Bundestag ist ein Stellenpool entstanden, der eine doppelte Funktion erfüllt: Rechte Gruppen und Netzwerke haben nun ihre eigenen VertreterInnen im Bundestag. Die Mitarbeitenden der AfD werden nicht nur aus öffentlichen Mitteln bezahlt, sondern haben mitunter auch Zugriff auf sensible Informationen, etwa Verschlussachen aus nachrichtendienstlichen Erkenntnissen. Dies kann Vorgänge des Verfassungsschutzes betreffen – zum Beispiel aus der Beobachtung von Links- oder Rechtsextremen.

Gleichzeitig profitiert die AfD davon, als Arbeitgeberin im großen Stil zu fungieren: Über ihre Mitarbeitenden, darunter ehemalige PolitikerInnen anderer Parteien, Medien- und Wirtschaftsleute verschafft sie sich Zugang zu neuen Milieus.

Informationsbeschaffung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Fraktionen. Informationen über sich selbst preisgeben will die AfD-Fraktion indes kaum. Fragt man in der Pressestelle nach, wie viele Mitarbeitende die AfD im Bundestag inzwischen eingestellt hat, heißt es: „Dazu werden wir uns nicht äußern.“ Verpflichtet ist die AfD dazu nicht – im Bundestag zu arbeiten, ist kein politisches Amt. Der Eindruck, dass es hier etwas zu verheimlichen gibt, entsteht trotzdem.

Die Recherche zeigt: Bei der AfD im Bundestag arbeiten zahlreiche Mitarbeitende mit rechtsextremem Hintergrund. Es gibt aufsehenerregende Fälle wie etwa den von Maximilian T., mutmaßlicher Komplize des vorübergehend Terrorverdächtigen Franco A., der heute für den AfD-Abgeordneten Jan Nolte arbeitet. Viele kommen aber auch aus der gesellschaftlichen Mitte, aus konservativen Organisationen und Parteien. Sie waren bei der CDU oder der FDP angestellt, bei etablierten Medien, in der Wirtschaft, oder in der öffentlichen Verwaltung. Jetzt arbeiten sie gemeinsam mit radikalen Rechten für die AfD.

Es ist genau das, was die AfD so erfolgreich und gefährlich macht: Sie ist zum Scharnier zwischen rechts außen und bürgerlicher Mitte geworden – und nutzt dazu nun auch ganz gezielt die Ressourcen und Strukturen im Bundestag.

In Zeiten, in denen sich der öffentliche Diskurs immer weiter nach rechts verschiebt, ist es unabdingbar zu wissen, mit welcher Strategie RechtspopulistInnen ihre Ideologie verbreiten.

Wir hoffen, mit dieser Recherche etwas Licht ins Dunkel der Netzwerke und ihrer Verflechtungen bringen zu können. Wenn wir einen Beitrag dazu leisten können, dass der Deutsche Bundestag auch für diejenigen transparenter wird, die das dort tätige Personal mit Steuergeldern finanzieren, hat unsere Recherche ein wichtiges Ziel erreicht.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main, im Juni 2018



Barbara Junge

Stellvertretende Chefredakteurin der taz
Berlin, im Juni 2018

Inhalt

1 Grundsätzliches: Der Bundestag als Arbeitgeber	6
2 Rechtliche Vorbemerkung: Persönlichkeitsschutz und öffentliches Interesse.....	8
3 Mehr als die Summe der Einzelfälle: Verbindungen der AfD in die extreme Rechte.....	10
4 Dichte Netzwerke: Die AfD und die Neue Rechte	12
5 Schlagende Verbindungen: Burschenschaften im Bundestag	15
6 Fallende Schranken: Konservative Organisationen, etablierte Parteien und die AfD	17
7 Fake News aus dem Bundestag: AfD und Medien	20
8 Nächste Generation AfD: Die Junge Alternative im Bundestag	23
9 Neoliberaler Nationalismus: Verbindungen in die Wirtschaft	26
10 Der Ost-West-Vergleich	29
11 Reaktionen und Ausblick.....	31
 AutorInnenverzeichnis	33

1 Grundsätzliches: Der Bundestag als Arbeitgeber

Grundsätzlich ist bei Bundestags-Mitarbeitenden zwischen zwei beziehungsweise drei Gruppen zu unterscheiden: Zum einen gibt es die direkt bei der Fraktion tätigen Mitarbeitenden, zum anderen die Mitarbeitenden der Abgeordneten. Bei den erstgenannten muss wiederum zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitenden und anderen Kräften (IT-ExpertInnen, SachbearbeiterInnen, SekretärInnen etc.) unterschieden werden. Die Verträge dieser anderen Mitarbeitenden sind – anders als bei denen, die im Folgenden im Mittelpunkt stehen – meist unbefristet; doch auf sie soll hier nicht weiter eingegangen werden.

Dienstherr der wissenschaftlichen Mitarbeitenden ist die jeweilige Fraktion. Die Verträge sind auf die jeweilige Legislaturperiode begrenzt; man spricht von einer Befristung „mit Sachgrund“; das sogenannte Kettenvertrags-Verbot greift hier nicht. Es ist also möglich – und legal –, dass ein(e) Mitarbeitende(r) beliebig viele solcher befristeten Verträge erhält. Grund ist, dass eine Fraktion ihre Schwerpunkte ändern kann, sodass in diesem Fall die Expertise eines/r für ein Thema eingestellten Mitarbeitenden nicht länger gebraucht wird.

Dafür hat der oder die Mitarbeitende einen sicheren Arbeitsplatz für die Dauer einer Legislaturperiode. Eine betriebsbedingte Kündigung – wenn zum Beispiel der Fraktionsvorsitz innerhalb der Legislaturperiode wechselt – ist ausgeschlossen. Gekündigt werden kann einem/r wissenschaftlichen Mitarbeitenden nur verhaltensbedingt – wenn er zum Beispiel das Vertrauensverhältnis zwischen sich und der Fraktion verletzt, indem er Informationen an eine andere Fraktion durchsticht.

In der Regel sind die Verträge der wissenschaftlichen Mitarbeitenden an den öffentlichen Dienst angelehnt und orientieren sich an den respektiven Tarifverträgen. Teils verfügen die Fraktionen über Gleichstellungsbeauftragte und Personalrat.

Eine Parteizugehörigkeit ist in den meisten Fällen keine zwingende Voraussetzung, um wissenschaftliche(r) Mitarbeitende zu werden, vielmehr steht die Expertise für ein jeweiliges Fachgebiet im Vordergrund. Da sich die Fraktionen als Tendenzbetriebe, mitunter sogar als „verschärfte Form dessen“, verstehen, ist es rechtens, in einem Bewerbungsgespräch nach einer möglichen Parteizugehörigkeit oder Gesinnung zu fragen, auch wenn nach eigenen Angaben nicht alle Fraktionen davon Gebrauch machen. Für gewöhnliche ArbeitgeberInnen ist diese Frage unzulässig – genau wie die Frage nach Schwangerschaft, Kinderwunsch, Weltanschauung, ethnischer Herkunft und Religionszugehörigkeit.

Die Loyalitätspflicht der wissenschaftlichen Mitarbeitenden ihrer Fraktion gegenüber ergibt sich aus dem allgemeinen Arbeitsrecht. Speziell festgelegt ist sie in den Verträgen nicht. Als

Privatperson greift trotzdem das Recht auf freie Meinungsäußerung, was beispielsweise den privaten Facebook-Account anbelangt. Dies hat allerdings Grenzen. Sich auf seinem privaten Facebook-Account illoyal seiner Fraktion gegenüber zu verhalten, kann sehr wohl ein Grund für eine Abmahnung, wenn nicht sogar für eine Kündigung sein. Es liegt im Ermessen der einzelnen Fraktion, ob sie davon Gebrauch macht. Meist hängt das davon ab, für wie schwer sie den Schaden hält.

Die Voraussetzungen für eine Einstellung als wissenschaftliche(r) Mitarbeitende ergeben sich aus der jeweiligen Ausschreibung für eine offene Stelle. Meist werden diese Ausschreibungen öffentlich getätigt, auf einschlägigen (Internet-)Portalen.

Anders verhält es sich bei Beschäftigungsverhältnissen für Bundestags-Abgeordnete. Diese Stellen werden oftmals gar nicht erst ausgeschrieben. Die Abgeordneten gehen stattdessen gezielt auf Wunschkandidaten zu. Die meisten Mitarbeitenden sind Parteimitglieder. Viele haben den/die Abgeordnete(n) bereits im Wahlkampf unterstützt. Das Beschäftigungsverhältnis ist direkt mit dem oder der jeweiligen Abgeordneten verknüpft: Scheidet dieser/diese ganz plötzlich aus seinem/i ihrem Amt aus – beispielsweise durch Tod oder schwere Krankheit – verliert der/die Mitarbeitende unmittelbar seine/i ihre Stelle. Weder Fraktion noch ein(e) NachfolgerIn sind verpflichtet, ihn oder sie aufzufangen und weiter zu beschäftigen. Es handelt sich quasi um ein privatwirtschaftliches Arbeitsverhältnis, so als wäre der/die Abgeordnete ein(e) KleinunternehmerIn. Die Abgeordneten-Mitarbeitenden sind nicht Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Die Bundestags-Mitarbeiter-Kommission hat einen Katalog an Richtlinien erarbeitet, die Rahmenbedingungen für die Arbeitsverhältnisse von Abgeordneten-Mitarbeitenden beinhalten, zum Beispiel, was die Entlohnung anbelangt. Die Abgeordneten müssen sich jedoch nicht an diese Empfehlungen halten. Allerdings gibt es für die Gehälter jeweilige Ober- und Untergrenzen und Eingruppierungen je nach Eignung. So ist es zum Beispiel nicht möglich, eine(n) Büroassistenten/in wie eine(n) wissenschaftliche(n) Mitarbeitende(n) zu bezahlen. Es gibt dafür einen Kontrollmechanismus: Die Arbeitsverträge müssen alle der Bundestagsverwaltung vorgelegt werden; diese prüft sie und zahlt die Gehälter aus. Ausnahmen, also Abweichungen von den Ober- und Untergrenzen, sind jedoch in Einzelfällen möglich, sofern sie glaubhaft begründet werden.

Die (sich aus dem allgemeinen Arbeitsrecht herleitende) Loyalitätspflicht gilt für die Mitarbeitenden der Abgeordneten noch stärker als für die wissenschaftlichen Mitarbeitenden der Fraktionen, doch auch hier ist sie nicht in den Verträgen gesondert aufgeführt.

Bei wissenschaftlichen und persönlichen Mitarbeitenden wird vorausgesetzt, dass diese in Sitzungswochen über ihre Kernarbeitszeit (bis 17 Uhr) hinausgehend Überstunden machen. Dies ergibt sich aus dem Arbeitszeitgesetz. Meist bieten die Fraktionen ihren Mitarbeitenden dafür jedoch in sitzungsfreien Wochen einen Ausgleich an (das kann zum Beispiel ein Aus-

gleichstag für jeweils acht Überstunden sein). Teils wird mit Arbeitszeiterfassungssystemen gearbeitet.

Letztlich ist jede Fraktion ein eigener Arbeitgeber und immer der oberste Dienstherr, der die Konditionen für seine Beschäftigungsverhältnisse selbst festlegt. *Lea Wagner*

2 Vorbemerkung: Persönlichkeitsschutz und öffentliches Interesse

Im Projekt Netzwerk AfD hat die *taz* gemeinsam mit der Zeitschrift *der rechte rand* und dem antifaschistischen Archiv *apabiz* ab Mitte April 2018 dargelegt, wie die AfD-Bundestagsfraktion und ihre Mitarbeitenden als Scharnier zwischen konservativen und rechtsextremen Milieus fungieren. Es ging dabei vor allem um die Strukturen, allerdings wurden exemplarisch auch einzelne Personen mit vollem Namen genannt.

In zwei Fällen haben Anwälte von Betroffenen dagegen protestiert. Die namentliche Identifizierung ihrer Mandanten verletze deren Persönlichkeitsrechte; es gebe kein besonderes Informationsinteresse. Es wäre allerdings sehr erstaunlich, wenn die Anwälte mit ihrer Argumentation letztlich Erfolg hätten. Schließlich arbeiten ihre Mandanten nicht irgendwo, sondern im Deutschen Bundestag, sozusagen im Herz der Demokratie. Sie sind zwar keine Abgeordneten, also nicht per se Personen des öffentlichen Lebens. Aber sie sind auch nicht neutrale Büro-Angestellte, die lediglich Hotels buchen und Kugelschreiber kaufen. Sie arbeiten vielmehr den Abgeordneten unmittelbar zu. Sie haben also eine mandatsnahe und damit öffentlich her-
ausgehobene Tätigkeit.

In unserem Rechercheverbund wurde jungen und unerfahrenen Leuten auch nicht vorgeworfen, dass sie für AfD-Abgeordnete arbeiten und deshalb jetzt einen moralischen Makel hätten. Im Gegenteil: Es ging eher um die Bemakelung der AfD durch die Einstellung von bekannten Rechtsextremisten. Genannt wurden die Namen von Personen, die in der rechten Szene bereits profiliert waren und die jetzt für die AfD tätig wurden. So hatte der ehemalige Mitarbeiter Eric Weber in der Schweiz schon mehrfach für rechtsextreme Listen kandidiert und er schrieb unter seinem Namen auch für rechtsextreme Zeitschriften. Es wäre absurd, wenn nun gerade die (zeitweise) Tätigkeit für einen AfD-Abgeordneten im Dunkel einer rechtlich geschützten Anonymität bleiben müsste. Es handelt sich hier schließlich – so unsere These – um die konsequente Fortführung seines bisherigen Engagements.

Wenn Abgeordnete und Fraktionen Personen als Mitarbeitende einstellen, die ein politisch profiliertes Vor- oder Privatleben haben, dann kann das nicht nur im Fall der AfD ein Politikum

sein. Schließlich können die Mitarbeitenden indirekt Einfluss auf die Meinungsbildung ihrer Fraktion und des Parlaments nehmen. Außerdem haben sie privilegierten Zugang zu Informationen, etwa aus nicht-öffentlichen Ausschuss-Sitzungen. Es wäre zum Beispiel von großem öffentlichem Interesse, wenn ein(e) Abgeordnete(r), der/die im Umweltausschuss sitzt, eine(n) Mitarbeitende(n) beschäftigt, der/die vorher beim *Verband der Chemischen Industrie* angestellt war. Mit öffentlichem Interesse müsste auch der/die Mitarbeitende rechnen, der/die einem/r Abgeordneten bei der Geheimdienstkontrolle zuarbeitet, dabei Zugang zu hochvertraulichen Dokumenten und Dienststellen hat und sich gleichzeitig privat in einer Initiative zur Abschaffung des Verfassungsschutzes engagiert.

Im Fall der AfD als neuer politischer Kraft rechts von der CDU/CSU ist derzeit vor allem von öffentlichem Interesse, ob sie ihren Platz noch innerhalb des demokratischen Spektrums findet oder ob sie als verfassungsfeindlich eingestuft werden muss. Die Verfassungsschutzämter diskutieren darüber intensiv. Ein Kriterium ist dabei, welche Kontakte zu offen rechtsextremen Organisationen die AfD pflegt. In diesem Kontext ist es von großem Interesse, ob in der AfD-Fraktion nun reihenweise Mitarbeitende aus diesem Spektrum eingestellt werden. Laut unseren Recherchen haben immerhin 23 von 92 Abgeordneten-Büros Verbindungen zu extrem rechten Parteien, Thinktanks, Medien, Burschenschaften oder anderen Organisationen.

Es liegt auf der Hand, dass eine journalistische Aufarbeitung der Recherchen neben statistischen Angaben zumindest exemplarisch auch „Ross und Reiter“ nennen muss. Dies erfordert nicht nur die Anschaulichkeit für die LeserInnen, sondern auch die Nachprüfbarkeit im öffentlichen Diskurs und nicht zuletzt die Möglichkeit der Betroffenen, zu den Vorwürfen konkret und öffentlich Stellung zu nehmen.

Es gibt daher keinen Zweifel daran, dass Medien profilierte Rechtsextremisten auch und gerade dann namentlich nennen dürfen, wenn sie für AfD-Abgeordnete oder die AfD-Fraktion arbeiten. *Christian Rath*

3 Mehr als die Summe der Einzelfälle: Verbindungen der AfD in die extreme Rechte

Ein nicht unwesentlicher Teil der neuen Mitarbeitenden der AfD hat einen extrem rechten Hintergrund beziehungsweise Verbindungen ins extrem rechte Milieu. Zum Zeitpunkt der Auswertung der Recherche-Ergebnisse fanden sich mindestens 27 Mitarbeitende, die extrem rechten Gruppierungen angehörten, in entsprechenden Zeitungen publizierten beziehungsweise redaktionell verantwortlich waren oder dem extrem rechten burschenschaftlichen Spektrum entstammen. Einen auffällig großen Teil machen dabei (ehemalige) AktivistInnen der völkischen Organisation *Identitäre Bewegung* (IB) und Mitglieder extrem rechter Burschenschaften aus, die oft auch über weitere Kontakte zu anderen extrem rechten Organisationen oder Bewegungen verfügen. Diese bringen beispielsweise Kontakte zur rechtsextremen, islamfeindlichen Organisation *German Defence League*, zur neofaschistischen *Casa Pound* oder zu den *Jungen Nationaldemokraten* (JN), der Jugendorganisation der NPD, mit. Gerade die jüngere Generation der AfD-Mitarbeitenden ist ohnehin gut vernetzt, die Grenzen sind fließend. Beispielhaft sind hier einige AktivistInnen der IB, die gleichzeitig Mitglied einer Burschenschaft sind, bereits vor ihrer Anstellung politische und freundschaftliche Kontakte zur Jungen Alternative (JA) pflegten, bei den Mobilisierungen von der flüchtlingsfeindlichen *Initiative Zukunft Heimat* aus Südbrandenburg mitwirken oder sich bei der neurechten Kampagnenorganisation *Ein Prozent e. V.* engagieren.

Ein anderer Teil sind alte Bekannte für BeobachterInnen der rechten Szene. Diese neuen AfD-Mitarbeitenden blicken auf eine langjährige Karriere im völkischen und ultrarechten Spektrum zurück und haben zum Beispiel in Organisationen wie dem *Witikobund* oder dem *Arbeitskreis für deutsche Dichtung* mitgewirkt. Überraschend ist dabei, dass es nicht nur die rechten „Hardliner“ unter den Abgeordneten sind, die Mitarbeitende mit eindeutiger Vita beschäftigen, sondern auch solche, die als moderat galten.

Der zweifelhafte Verdienst der AfD-Fraktion im Bundestag ist es, diese Milieus untereinander zu vernetzen und selbstverständlich mit konservativen VertreterInnen zusammenzubringen. Die Partei war schon vorher Sammelbecken für das gesamte rechte Spektrum und ist nun auch attraktive Arbeitgeberin. Die Charakterisierungen von nationalkonservativ, rechtspopulistisch, völkisch, identitär oder ultrarechts treffen auf die AfD in Gänze zwar nicht zu, aber alle diese Strömungen sind in ihr vertreten. Die Wahl des Personals zeigt, dass die AfD eben auch das Deckmäntelchen der extremen Rechten ist. Diese Entwicklung war schon u. a. auf der Landesebene in Thüringen zu beobachten, jetzt manifestiert sie sich auch dadurch, dass die Abgrenzungstendenzen inzwischen gegen Null gehen. Nach außen

hin wird Geschlossenheit demonstriert. Mit der Entscheidung des Schiedsgerichtes gegen den Parteiausschluss Bernd Höckes scheint sich das Thema „Abgrenzung zum rechten Rand“ endgültig erledigt zu haben.

Diese Entwicklung war keine zwangsläufige, doch die Geschichte der sogenannten Einzelfälle konnte Hinweise darauf geben, dass die AfD auch Sammelpartei und Hoffungsprojekt der extremen Rechten würde. Seit ihrer Gründung steht die AfD im Spannungsfeld zwischen Distanzierung zur und Anbiederung an die extreme Rechte. In der Anfangsphase der Partei versuchten nicht Wenige, die zuvor in neonazistischen Organisationen und Bewegungen, extrem rechten Parteien, völkischen Gruppierungen oder geschichtsrevisionistischen Vereinen aktiv waren, in den neu gegründeten Ortsgruppen und Landesverbänden unterzukommen – oft mit Erfolg. Die Satzung des Gründungsparteitages enthielt eine Klausel, die Mitglieder extrem rechter Organisationen zwar als unerwünscht einstufte, ihnen jedoch nicht grundsätzlich die Mitgliedschaft verwehrte. Auch wenn der damals noch existierende wirtschaftsliberale Flügel um Bernd Lucke die Nähe zur extremen Rechten ostentativ scheute, wurde doch per „Einzelfallprüfung“ entschieden, inwieweit eine Mitarbeit in der Partei möglich sei.

Diese Einzelfallprüfungen am rechten Rand fielen unterschiedlich aus: So schaffte es ein ehemaliger Republikaner und FPÖ-Mann auf die NRW-Landesliste zur Bundestagswahl 2013, während der Burschenschafter Lars Steinke von seinen Ämtern im Kreisverband Göttingen zurücktreten musste. Der Autor Jörg Kronauer konstatierte bereits 2013, es herrsche „Pragmatismus“, wenn es um die Verbindungen der AfD-Aktiven ins extrem rechte Milieu ging. Oft konnte bei denjenigen, die nützliche Kontakte und Stimmen bei der Wahl versprochen, ein Auge zugedrückt werden, andere, die man für untragbar hielt, wurden von Posten ferngehalten oder aus der Partei ausgeschlossen.

In den Landesverbänden waren die Verbindungen zur extremen Rechten anfangs sehr unterschiedlich ausgeprägt, je nach Stärke der vertretenen Strömungen. Der thüringische Landesverband mit seinem starken völkisch-nationalistischen Flügel kann hier als Beispiel genannt werden, der früh Angebote an die extreme Rechte machte und den Brückenschlag zwischen extrem rechten Organisationen und Bewegungen vorantrieb. Das „Thüringer Modell“ erwies sich als erfolgreich – einerseits fanden hier VertreterInnen der extremen Rechten ein neues politisches und weniger anstößiges Wirkungsfeld und ihre inhaltliche Positionierung erschloss eine neue Wählerklientel. Mit dem Einzug der AfD in die Landesparlamente 2014 wurden die Fraktionen auch zum Arbeitgeber für VertreterInnen der extremen Rechten.

Der Trend der gegenseitigen Annäherung und Erosion der Grenzen zwischen den Milieus erhielt mit den rassistischen Straßenmobilisierungen erneut einen deutlichen Schub – nicht nur in Erfurt demonstrierten AfD und teilweise militante Neonazis einträchtig nebeneinander. Mit dem Rückzug des wirtschaftsliberalen Flügels um Lucke verschwanden auch die schärf-

ten KritikerInnen dieser Entwicklung aus der Partei. Frauke Petry, die immerhin selbst für eine positive Besetzung des Begriffes „völkisch“ plädiert und beispielsweise den Schulterschluss mit extrem rechten Parteien wie dem französischen Front National gesucht hatte, galt zuletzt als gemäßigte Vertreterin. Mit ihrer Niederlage im internen Flügelstreit und anschließendem Parteiaustritt gibt es nun keine nennenswerten Widerstände mehr gegen den Schulterschluss mit der extremen Rechten.

Auf dem Parteikonvent der AfD im März 2018 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss mit Pegida und deren regionale Ableger endgültig aufgehoben. Formal besteht ein Kooperationsverbot mit der *IB* weiterhin. Doch auch hier gibt es seit längerem Vorstöße, beispielsweise von Ralph Weber aus Mecklenburg-Vorpommern, sich den *Identitären* zu öffnen. Dies würde nur offiziell machen, was vielerorts bereits gängige Praxis ist: AfD und AktivistInnen der *IB* arbeiten zusammen, einige fanden bereits in den Landtagsfraktionen eine Arbeitsstelle. Was auf Landesebene funktioniert hat, wird nun auf Bundesebene fortgesetzt. Die von ExpertInnen zwischenzeitlich geäußerte Annahme, dass sich die AfD an ihrem Verhältnis zu ihren Rechtsaußen-Kontakten messen lassen müsse und die Prognose, eine weiter nach rechts rückende AfD könne auf Dauer keinen Erfolg haben, scheinen sich derzeit nicht zu bestätigen.

Als bezahlte Mitarbeitende der AfD können nun VertreterInnen der extremen Rechten ihre Organisationserfahrung einbringen, ihr Vokabular medienwirksam platzieren und ihre ideologischen Grundsätze einfließen lassen. Sie verfügen über finanzielle Mittel, Zugang zu exklusiven Informationen und einer medialen Öffentlichkeit. Das wird vermutlich nicht nur eine weitere Verschiebung des Diskurses nach rechts zur Folge haben sondern auch zur Professionalisierung rechter Netzwerke führen. *Nina Rink*

4 Dichte Netzwerke: Die AfD und die Neue Rechte

Seit der Bundestagswahl 2017 ist die sogenannte Neue Rechte nicht mehr bloß außerparlamentarische Opposition, sondern sitzt mit im Bundestag. Allein zu neurechten Medien von der *Jungen Freiheit* bis zur *Sezession* lassen sich 41 Verbindungen der AfD-Abgeordneten und ihrer Mitarbeitenden finden. Zu neurechten Think-Tanks wie dem *Institut für Staatspolitik* (IfS) gibt es ebenfalls zahlreiche Verbindungen.

Darunter sind durchaus prominente Fälle: Mit Erik Lehnert wählte einer der führenden Denker der Neuen Rechten den Weg in die Niederungen der Parteiarbeit. Lange war er der Geschäftsführer des *IfS*, verantwortete Tagungen und Akademien. Den Beginn der AfD beobachtete das Umfeld des Instituts mit Sitz in Schnellroda anfänglich skeptisch. In dem 2015 im

Antaios-Verlag erschienenen Gesprächsband „Tristesse Droite – Die Abende von Schnellroda“¹ witzelt der *IfS*-Gründer Götz Kubitschek über den großen Zuspruch für die AfD von einer „Ergriffenheit“, die sie „AfD-positiv“ genannt hätten. Und Lehnert sagt, es habe „fast was Religiöses“, wenn die Leute sagten: „Ja, ich bin jetzt der Partei beigetreten“.

In dem von Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka herausgegebenen Buch wird auch beklagt, dass eine „flächendeckende Parteidisziplin um sich gegriffen“ hätte, so dass jeder Hinweis, dass die AfD die „gleichen Typen hervorbringen“ und „in die gleichen Schwierigkeiten taumeln“ könnte wie andere Parteien als „friendly fire auf die eigenen Reihen“ angegriffen werde. Über das Verhältnis zwischen AfD und der Neuen Rechten klagte Lehnert da noch: „Man ist ja sogar in eine Rechtfertigungsposition gekommen. Denn am Ende hieß es dann: Jaja, *ihr* macht schöne Theorien, aber jetzt können *wir* was bewegen, wo seid *ihr* eigentlich?“ Es scheint, als habe dieser Vorwurf nicht wenige der Neuen Rechten bewegt, sich der Parteiarbeit anzunehmen.

Die Spannung zwischen Meta- und Realpolitik ist der Neuen Rechten immanent. Ihre Anfänge lassen sich weiter zurückverfolgen, als es ihr Name suggerieren mag: Vor über 50 Jahren starteten die ersten neurechten Projekte und Publikationen. Nach dem knappen Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent brach damals eine Debatte los: Sollte man weiter den parlamentarischen Weg verfolgen? Insbesondere die Intellektuellen der Szene sahen eine solche Strategie als wenig erfolgreich an. „Die alte Rechte ist tot“, schrieb Alain de Benoist 1985 in „Kulturrevolution von rechts“². Sein Vorschlag: Die Rechte müsse versuchen, im „vopolitischen Raum“ die gesellschaftliche Atmosphäre nachhaltig und stetig zu beeinflussen, um so langfristig die politischen Verhältnisse ins Wanken zu bringen.

Ganz offen griff der französische Vordenker der Nouvelle Droite auf das Hegemonie-Konzept des italienischen marxistischen Philosophen Antonio Gramsci zurück, wonach eine staatliche und gesellschaftliche Vormachtstellung nicht durch bloßen Zwang, sondern durch langfristige Kräfteverschiebungen und die Produktion zustimmungsfähiger Ideen zu erreichen ist.

Mit diesem Ideenklau inspirierte de Benoist auch die *Junge Freiheit* und das *IfS* in Deutschland. Über die französische Neue Rechte entdeckte nicht nur sie auch die fast vergessene Konservative Revolution wieder, eine anti-liberale, antidemokratische und anti-emanzipatorische Bewegung der 1920er- und 1930er Jahren. Dieser Herren-Club um Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Carl Schmitt und Arthur Möller van den Bruck ist bis heute ihr Referenzrahmen. Gern wird sich auch auf den italienischen Faschismus bezogen. Der vermeintliche Clou: Durch den Bezug auf diese Vordenker wird eine Distanz zum Nationalsozialismus suggeriert. Unberechtigterweise: Der Historiker

1 Kositzka, Ellen/Kubitschek, Götz (Hrsg.): Tristesse Droite – Die Abende von Schnellroda. Antaios, Rittergut Schnellroda, 2015

2 Benoist, Alain de: Kulturrevolution von rechts. Sinus, Krefeld, 1985

Volker Weiß hat unlängst in „Die autoritäre Revolte“³ die Nähe einzelner Konservativer Revolutionäre zum Nationalsozialismus aufgezeigt und macht sie mit verantwortlich für die Delegitimation demokratischer Werte und humanistischer Vorstellungen.

Die Umdeutung von politischen Begriffen und die Entwertung von demokratischen Errungenschaften ist auch Teil der Hegemonie-Strategie der Neuen Rechten. Im dem AfD-Gesetzesentwurf zur Volksverhetzung findet sich eben nicht bloß ein Thema der Neuen Rechten – die angebliche Diskriminierung von Deutschen – wieder. Er folgt auch der metapolitischen Strategie, den Volksverhetzungsparagrafen zu entwerten. Denn nichts anderes impliziert die Gleichsetzung der sprachlichen Anfeindung der Mehrheitsgesellschaft mit der Diskriminierung gesellschaftlicher Minderheiten.

Die größte Diskursverschiebung gelang der Neuen Rechten aber bisher bei einem anderen Thema: der sogenannten Political Correctness. Eine Verschiebung, deren Anfänge ebenfalls weiter zurückliegen, als es manche aktuellen Debatten vermuten ließen: 1995 veröffentlichte Klaus Rainer Röhl das Buch „Deutsches Phrasenlexikon. Politisch korrekt von A bis Z“⁴. Mit dem Werk wollte der ehemalige Verleger der linken Zeitschrift *konkret* und frühere Ehemann der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof vermeintlich humorvoll die „wichtigsten Worte und Redewendungen des politisch korrekten Jargons“ vorführen und diskreditieren.

Nach der Wiedervereinigung, schreibt Röhl, hätten die „guten Menschen von links“ begonnen, eine politische Korrektheit in Deutschland zu etablieren, da sie die Wiedervereinigung als „narzisstische Kränkung“ erlebt hätten. Ein „neuer innenpolitischer Gegner wurde gesucht – und gefunden“, nämlich, so führt er aus: „Was man längst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die Brandstifter und (...) die neuen Rechten“. Statt „Schlag-Stock ein Schlag-Wort: Political Correctness“. Beflissen ignoriert Röhl, da schon selbst in die Neue Rechte involviert, die Brandanschläge in Mölln 1992 und Solingen 1993, durch die alleine acht Menschen ermordet wurden.

Insbesondere die *Junge Freiheit* lamentierte in den Folgejahren immer wieder über vermeintliche Political Correctness oder kurz PC. Appelle und Kampagnen der Neuen Rechte zu diesem Thema folgten. Und zeigten Wirkung: Spätestens seit 2013, mit der Gründung der AfD, zeigt sich, wie weit die Vorstellung, eine linke Meinungselite von Gutmenschen würde offene Debatten behindern oder verbieten, mittlerweile verbreitet ist. 2014 gelang Thilo Sarrazin mit dem Buch „Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland“⁵ ein *Spiegel*-Bestseller. Und dreiundzwanzig Jahre nach Röhl's Publikation wird heute in den Feuilletons weit jenseits neurechter Medien über ein „bedenkliches Klima der PC“ geklagt, und

3 Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Klett-Cotta, Stuttgart, 2017

4 Röhl, Klaus Rainer: Deutsches Phraselexikon. Politisch korrekt von A bis Z. Ullstein, Berlin, 1995

5 Sarrazin, Thilo: Der neue Tugendterror. Deutscher Verlagsanstalt, München, 2014

behauptet, dass „die Gutmenschen mit ihrer Political Correctness“ erst die Grundlage für die AfD geschaffen hätten.

Diejenigen, die vor den rassistischen, anti-liberalen und antidemokratischen Konnotationen warnen, erscheinen nun ihrerseits als autoritär und undemokratisch. Diese Umkehrung aus der gesellschaftlichen Mitte feiert die Neue Rechte.

Die Mitarbeitenden mit neurechter Vita oder Kontakten sind aber nicht alleine bei Bundestagsabgeordneten tätig, die sich selbst schon weit rechts positioniert haben. Ihre Anstellung legt eine Nähe der Abgeordneten zu ihren Positionen jedoch nahe. Der direkte Einfluss auf noch unerfahrene Abgeordnete der AfD könnte steigen. Sie wären nicht die ersten PolitikerInnen, die durch ihre Mitarbeitenden im Hintergrund an Profil gewinnen. *Andreas Speit*

5 Schlagende Verbindungen: Burschenschaften im Bundestag

In *Der Burschenschafter* war man sichtlich stolz. In der ersten Ausgabe nach der Bundestagswahl¹ listete das *Periodikum der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft* nun die Namen von Bundestagsabgeordneten „aus den Reihen der Burschenschaften“ auf, unter anderen Albrecht Glaser, Enrico Komning, Jörg Schneider und Christian Wirth von der AfD. Insgesamt neun seien es, vier von der AfD, drei CDU-Mitglieder und zwei aus der CSU, darunter der frühere Bundesverkehrsminister Peter Raumsauer (CSU) aus Bayern. „Gegenüber früheren Jahren ist dies schon ein Anstieg“, freuen sich die Autoren. Nicht mitgezählt wurden die Mitglieder anderer Studentenverbindungen, wie Landsmannschaften, Corps, Gildenschaften oder des Wingolfsbundes². ExpertInnen schätzen, dass maximal 40 der derzeit 709 Bundestagsabgeordneten Mitglieder von Studentenverbindungen sind – zumeist aus konfessionellen oder zumindest nicht explizit politischen Bündeln.

Auch ein Blick in die Riege der Mitarbeitenden der AfD von Fraktion und Abgeordneten im Bundestag zeigt: Eine Reihe Mitglieder unterschiedlicher Verbindungen haben dort Arbeit und Einkommen gefunden, darunter mindestens 14 Burschenschafter und einzelne aus Landsmannschaften und Corps. Und sie haben so auch politischen Einfluss auf die Bundespolitik gewonnen. Der sei zuletzt „über viele Jahre geschwunden“, die Burschenschafter „wurden politisch marginalisiert“, beklagte sich das Blatt *Der Burschenschafter*. Doch nun gebe es endlich „eine Trendwende“. Der Grund dafür wird offen benannt: „der Aufstieg der AfD.“

¹ Burschenschafter in der Politik. In: *Der Burschenschafter*, Periodikum der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft, 1/2018, 22-25.

² Der Wingolfsbund ist die älteste Vereinigung von Studentenverbindungen in Deutschland. Er hat mehr als 30 Verbindungen an wichtigen deutschen Universitätsstädten zu verzeichnen.

Der Bedeutungsrückgang von Burschenschaften und Studentenverbindungen in den letzten Jahrzehnten hatte – vereinfacht gesagt – zwei Gründe. Erstens, und zentral: Im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungen, dem Abbau von Bildungshürden und veränderter Eliten-Rekrutierung schwand die Bedeutung und die Zahl der Mitglieder aller Studentenverbindungen, nicht nur der Burschenschaften. Es war für die Karriere nicht mehr nötig, sich Schmissee ins Gesicht zu schlagen oder nach dem ritualisierten Saufen gemeinsam in den Bier-Papst zu kotzen – „Fuxenstunden“ und „Kommerse“ waren unter Studierenden nicht mehr angesagt. WGs und Studi-Wohnheime ersetzen das billige Wohnen in den miefigen Verbindungsbuden. Und Job-Portale wie „Xing“ oder Debattier-Wettbewerbe sind für das berufliche Vorankommen heute zielführender als die Seilschaften der alten Burschen-Herrlichkeit.

Zweitens haben sich die Burschenschaften – trotz aller politischen Unterschiede in den drei burschenschaftlichen Dachverbänden und anders als andere Strömungen der Studentenverbindungen – einen denkbar schlechten Ruf erarbeitet. Vor allem die *Deutsche Burschenschaft* (DB) schien zuletzt politisch erledigt. Das offene Bekenntnis zur Mitgliedschaft dort galt höchstens noch für eine Karriere in der NPD oder beim Salonblatt der Rechtsradikalen, der *Jungen Freiheit*, als förderlich. Erinnerung sei an Michael Büge, Staatssekretär für Soziales der CDU in Berlin, der 2013 aufgrund seiner Burschen-Biographie gehen musste. Heute ist er, kaum verwunderlich, Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz. Und dennoch ist die DB bis heute der größte Dachverband der Burschenschaften – und er steht rechts außen. Ein Männerbund mit dem Wahlspruch „Ehre – Freiheit – Vaterland“, in dem deutsche Gebietsansprüche gegenüber Nachbarstaaten auch nach 1990 noch diskutiert wurden und die Ehre der Wehrmachtssoldaten hochgehalten wird.

Doch es gab im Verband immer zwei politische Flügel – Konservative und offen Völkische oder extrem Rechte. Die DB verstand sich als überparteilich – von der CDU/CSU über die Republikaner bis zur NPD. Über Jahrzehnte störte sich offenbar kaum jemand ernsthaft daran, dass Aktive des *Ring Christlich Demokratischer Studenten* im selben Verband wie Neonazis organisiert waren. Nur hin und wieder gab es Skandale, wenn mal wieder irgendwo im Suff der Hitler-Gruß gezeigt oder ein Holocaust-Leugner zum Vortrag eingeladen wurde.

Doch nachdem der Verband 2011 eine Neuregelung seiner Aufnahmekriterien diskutiert hatte, liefen Mitglieder in Scharen davon. Die DB war nicht mehr schicklich, der Ruf ruiniert. Von damals etwa 120 Bünden aus Deutschland und Österreich blieben nur noch 70. Das Ziel der diskutierten Satzungsänderung war es, ein Mitglied mit chinesischen Eltern auszuschließen. Burschenschafter könne nur sein, wer deutsch ist – und das bestimme nicht der Pass, sondern das Blut. Ein „Arierparagraf“ sei das, lautete die einhellige Kritik. Der völkische Kern war nun unübersehbar freigelegt. Für ExpertInnen und AntifaschistInnen war zwar schon lange klar, dass der rechte Flügel im Verband über die Konservativen gesiegt hatte, doch nun

mussten das auch CDU/CSU und die konservative Presse erkennen, die bis dahin über den rechten Rand des Verbindungswesens lieber geschwiegen hatten. Der Verband verlor seinen konservativen Flügel, Bundestagsabgeordnete und den letzten Bundesminister, denn auch die Burschenschaft von Ramsauer trat aus. Für die Union seien Burschenschaften „unter Merkel“ ein „Tabu“ geworden, bemängelt nun rückblickend die Zeitschrift der *Allgemeinen Deutschen Burschenschaft*. Der Dachverband hatte sich 2016 in Konkurrenz zur *DB* gegründet – angeblich weitaus weniger rechts. Doch eine Distanz zur AfD und nach rechts ist auch hier kaum zu erkennen. Ein Beispiel: In der aktuellen Ausgabe schreibt Dieter Stein, Chef der neu-rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*.

„Erstmals seit Jahrzehnten scheinen Burschenschafter in Deutschland politisch wieder aus der Defensive zu kommen“, freut sich die *ADB* in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift. Die Wahlerfolge der AfD haben „eine ganze Welle von Korporierten in die Parlamente getragen.“ Gerade die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA) scheint zu einem Sammelbecken Korporierter geworden zu sein. Ein AfD-Abgeordneter aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen und JA-Funktionär schätzte, dass 20 Prozent der Jugendorganisation zugleich Mitglieder von Studentenverbindungen seien. Vorbild ist für viele von ihnen Österreich. Denn dort sitzen in der regierenden FPÖ seit Jahren völkische Burschenschafter und andere Korporierte fest im Sattel und an den Schalthebeln der Macht – die geknüpften Netzwerke halten.

„Die Zeichen stehen auf Aufbruch“, heißt es nun in *Der Burschenschafter* mit Blick auf die Stärkung von Burschenschaftern und Korporierten in der Politik. Ihr Bedeutungsverlust in der Bundesrepublik war vor allem dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozess im Gefolge von 1968 zu verdanken. Die Wahlerfolge der AfD spülen nun erneut Rechte und Reaktionäre aller Couleur in die Parlamente – und drehen so das Rad der Geschichte zurück. *Ernst Kovahl*

6 Fallende Schranken: Konservative Organisationen, etablierte Parteien und die AfD

Leif-Erik Holm, der stellvertretende Fraktionschef der AfD im Bundestag, hört es gern, wenn seine Sekretärin ihre Geschichte erzählt. Sie geht so: Jahrzehntelang hat die Frau, die aus Ostdeutschland stammt, für verschiedene Abgeordnete der CDU gearbeitet und war ganz zufrieden damit. Dann kamen der Sommer 2015, die vielen Geflüchteten und die Entscheidung der Bundeskanzlerin, die Grenze nicht zu schließen. Bei einer CDU-Mitarbeiterfeier verstand sie angesichts der Lage den Spaß der anderen nicht, fühlte sich unwohl und verließ das Fest. Statt-

dessen ging sie zu einer AfD-Versammlung. Dort traf sie Beatrix von Storch, Leif-Erik Holm – und fand erst ihre neue politische Heimat, später dann einen neuen Job.

Für den Fraktionsvize ist die Frau Gold wert – nicht nur wegen der Erzählung, die so schön in das AfD-Narrativ passt. Es gibt auch einen ganz praktischen Grund: Seine Mitarbeiterin hat parlamentarische Erfahrung, sie kennt sich aus. Holm musste nicht, wie andere neue Abgeordnete, im Bundestag bei Null anfangen.

Holms Mitarbeiterin ist nicht die einzige, die von Abgeordneten der Union zur AfD-Bundestagsfraktion gekommen ist. Martin Hohmann war früher selbst Mitglied der CDU-Fraktion, bis diese ihn 2003 wegen Antisemitismusvorwürfen ausschloss. Jetzt sitzt Hohmann für die AfD im Bundestag. Einer seiner Mitarbeiter hat bislang für die frühere CDU-Abgeordnete Erika Steinbach gearbeitet. Diese wiederum ist inzwischen aus der CDU ausgetreten, sie leitet jetzt die *Desiderius-Erasmus-Stiftung*, die der AfD nahe steht. Auch für den Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD, Bernd Baumann, ist ein Mann tätig, der bis zur Bundestagswahl im September 2017 noch für einen Unionsabgeordneten gearbeitet hat – und der früher selbst CDU-Mitglied war. Diese Liste ließe sich fortsetzen.

Mindestens 15 Mitarbeitende und 21 Abgeordnete der AfD-Fraktion haben nach unserer Recherche Verbindungen zur Union. Mit Blick auf das, was die AfD abschätzig „Altparteien“ nennt, ist das die größte Gruppe, gefolgt von den Freien Demokraten. Elf Mitarbeitende und sieben Abgeordnete haben Verbindungen zur FDP. Sie waren Mitglieder der Partei, waren für sie tätig oder kommen aus dem Umfeld der FDP, haben vielleicht mit Hilfe ihrer parteinahen Stiftung studiert oder bei dieser gearbeitet.

Ein Beispiel dafür ist Christian Lüth, der Pressesprecher der Bundestagsfraktion. Lüth war für die *Friedrich-Naumann-Stiftung* in Honduras, wo er von sich reden machte, weil er den Militärputsch gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya als „Rückkehr zu Rechtsstaat und zu Verfassungsmäßigkeit“ bezeichnete. Später holte erst der ehemalige FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel Lüth in sein Ministerium, dann der FDP-Abgeordnete Hans-Werner Ehrenberg ihn als Leiter in sein Bundestagsbüro. Das ging so bis 2013, als die FDP aus dem Bundestag flog. Wenige Monate später heuerte Lüth bei der AfD Bundesgeschäftsstelle an. Jetzt ist er der Pressesprecher der Fraktion, sie hat fast ein halbes Jahr gebraucht, um sich auf diese Personalie zu einigen.

Unter den Mitarbeitenden und Abgeordneten sind auch einige ehemalige SozialdemokratInnen, außerdem ein Ex-Pirat, der vor fünf Jahren in den Bundestag wollte, ein ehemaliger Grüner und eine Frau, die früher für die Linkspartei gearbeitet hat. Sie ist jetzt für AfD-Fraktionschef Alexander Gauland tätig. Insgesamt haben 31 Mitarbeitende und 30 Abgeordnete Verbindungen zu den Parteien, die vor der AfD im Bundestag saßen.

Besonders eng aber sind die Verbindungen ins konservative Milieu, zu den Parteien kommen Vereine und Stiftungen hinzu, vom *Forum Deutscher Katholiken* über *Carl-Schmitt-Gesellschaft e. V.* und dem *Bund der Vertriebenen* bis zu Burschenschaften.

In der AfD-Fraktion machen ihre Mitglieder und AnhängerInnen jetzt mit Rechtsextremen gemeinsame Sache. Denn in dieses Lager haben andere Mitarbeitende Verbindungen. Nicht nur zu zentralen Organisationen wie der NPD, sondern in nahezu das gesamte Spektrum der extremen Rechten in Deutschland: in Vereine und Zeitschriften, Think Tanks, Burschenschaften und kleine Splitterparteien.

Bürgerliche Rechte und Rechtsextreme treffen sich im Büro und auf dem Flur, beim Kopierer und an der Kaffeemaschine, arbeiten im Abgeordnetenbüro, im Arbeitskreis und in der Landesgruppe zusammen. So lernt man sich kennen und vielleicht auch schätzen.

Der Diskurs beider Gruppen hat sich längst angeglichen. So manches, was Konservative heute von sich geben, galt vor wenigen Jahren noch als extrem rechts und war tabu. Muslime sind hier wie dort zum Feindbild geworden; in der *FAZ* ist von „Überfremdungsangst“ zu lesen – ganz ohne Anführungsstriche; und die Vorstellung, dass man unterschiedliche Kulturen besser nicht mischt, was die Neurechten Ethnopluralismus nennen, damit es nicht so völkisch klingt, ist salonfähig geworden. Im März 2018 haben prominente PublizistInnen, SchriftstellerInnen und AkademikerInnen wie Uwe Tellkamp die „Erklärung 2018“ veröffentlicht, einen kurzen Text mit hoher suggestiver Wirkung, in dem die „Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung an den Grenzen unseres Landes“ gefordert wird.

Mit der AfD und ihrer Bundestagsfraktion gibt es jetzt auch ein organisatorisches Schanier, das Konservative mit völkischen Rechten verbindet.

Haben die konservativen und nationalliberalen Mitarbeitenden der Fraktion keine Skrupel, mit der *Identitären Bewegung* (IB) und anderen Rechtsextremen zusammenzuarbeiten? Fragt man nach, bleibt die Antwort oft aus. Einer antwortet: „Ich habe mit Rechtsextremen nichts zu tun und werde entsprechend reagieren, sollten Sie über mich in so einem Zusammenhang schreiben.“ Ein anderer schreibt: „Sogenannte Mitarbeiter, mit ‚rechtsextremen Hintergrund‘, haben sich mir bisher noch nicht vorgestellt.“ Kommt man ins Gespräch, ist von Jugendsünden die Rede, oder man hört Sätze wie: „Jeder verdient eine zweite Chance.“ Oder: „Leute auszuschießen ist der falsche Weg. Wir lassen uns nicht spalten.“

„In der Fraktion kenne ich keinen, den ich als rechtsextrem bezeichnen würde“, sagt einer, der selbst lange CDU-Mitglied war und für Unions-Abgeordnete gearbeitet hat. Zählt man Namen auf, beginnt er, über Burschenschaften und *IB* zu diskutieren und sie herunterzuspielen. Und die NPD? „Das sind Ausnahmen.“

Abgrenzung? Fehlanzeige. Sollte es Zweifel geben – die Mitarbeitenden äußern sie nicht. Wagenburgmentalität, wie man sie oft in der AfD findet. *Sabine am Orde*

7 Fake News aus dem Bundestag: AfD und Medien

Der 7. April 2018 war ein guter Tag für Leif-Erik Holm. Stolz twitterte er: „BILD, Tagesschau und Co. berichten heute über meine Anfrage zum ‚Sponsoring‘ der Bundesregierung bei Facebook.“ Holm ist stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Bundestag, doch das spielte in der allgemeinen Wahrnehmung seiner Anfrage keine Rolle: Mehrere Medien berichteten, sachlich und nüchtern – für Holm ein Grund zur Freude.

Verantwortlich für diesen medialen Erfolg sind Mitarbeitende der AfD wie Henning Hoffgaard, Büroleiter von Holm. Er war Redakteur der rechtspopulistischen Wochenzeitung *Junge Freiheit*, bevor er erst in die AfD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern und anschließend zu Holm ins Büro wechselte. Nun arbeitet er an der Vermarktung der AfD, und das erfolgreich: Die Positionen von Holm, selbst ehemaliger Radiomoderator, werden von etablierten Medien gerne aufgenommen.

Der NDR lässt Holm zur Wiederwahl Putins zu Wort kommen. Die *Welt* berichtet, wie Holm Außenminister Heiko Maas im Bundestag zur türkischen Bombardierung der syrischen Stadt Afrin befragt. Und der Bayerische Rundfunk zitiert Holm zum Dieseltage.

Das Beispiel Holm zeigt eine Verschiebung der Bedeutung der AfD in der öffentlichen Wahrnehmung. Immer öfter gelingt es ihr, sich als eine Stimme von vielen in den politischen Diskurs einzubringen, zu Sachfragen zitiert zu werden, als wäre sie eine Partei wie jede andere. Wer sich das Personal der AfD-Bundestagsfraktion genauer anschaut, ahnt, wie die Partei das schafft: Es gibt darunter nicht nur viele PR-Profis, sondern auch Menschen mit eigener journalistischer Erfahrung, die als freie oder fest angestellte Mitarbeitende für verschiedene Medien gearbeitet haben – für Lokalzeitungen und Lokalfernsehen, Magazine und Internetblogs, aber auch für große überregionale Tageszeitungen.

Viele der 92 AfD-Abgeordneten im Bundestag haben mindestens eine Person in ihrem Team, die journalistische Erfahrung hat und künftig für Pressearbeit und Social Media zuständig sein soll. Eine Person, die weiß, wie eine Redaktion funktioniert, wann Zeitungen Redaktionsschluss haben, wie man einen Facebook-Eintrag oder ein Zitat formuliert und lanciert, damit es in den Medien auftaucht.

Denn die mediale Vermarktung ist für die AfD, die vom Populismus lebt, von zentraler Bedeutung. Damit die Öffentlichkeitsarbeit der Partei in Zukunft noch besser läuft, baut die Fraktion gerade ihre Pressestelle aus. „Newsroom“ nennt sie das selbst. Er soll rund um die Uhr besetzt sein und sogar ein eigenes TV-Studio beinhalten.

„Bis zu 25 Personen sollen für die Pressearbeit eingestellt werden“, sagt Peter Felser, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD. Die Hälfte davon werde in dem „Newsroom“ arbeiten. Man befinde sich derzeit in einer Testphase und koordine „Nachrichtenlage, Pressearbeit und Informationen der sozialen Medien so, dass wir mit stringenten und abgestimmten Botschaften nach draußen gehen können“, so Felser.

Was die AfD plant, ist also kein Newsroom wie die in journalistischen Redaktionen, sondern schlicht ein PR-Büro.

Spricht man mit AfD-PolitikerInnen über dieses Vorhaben, fällt immer wieder das Wort „Gegenöffentlichkeit“. Der Begriff, den ursprünglich linke Gruppen, wie auch die *taz*, für die von ihnen hergestellten Medien benutzten, dient nun als Zielsetzung für die AfD. Felser schreibt, früher habe es gereicht, sich mit ProfijournalistInnen zu befassen, heute sei es „zwingend erforderlich“, die Neuen Medien zu nutzen. Will heißen: Den klassischen Medien vertrauen wir nicht, deswegen schaffen wir unsere eigenen.

Denn das ist die andere Seite der Strategie, die die AfD in Bezug auf die Presse verfolgt: Sie will in den etablierten Medien Gehör finden und stellt dafür Personen ein, die wissen, wie seriöser Journalismus funktioniert. Gleichzeitig arbeitet sie seit Jahren daran, das Vertrauen in ebenjene etablierten Medien zu unterhöhlen: Dass diese die Helfershelfer von Merkels „Umvolkung“ sind, gehört spätestens seit 2015 zur zentralen Erzählung von Pegida und AfD.

Das bringt die Medien in eine neue und schwierige Lage: Einerseits untergräbt die AfD ihre Glaubwürdigkeit, andererseits ist die Partei selbst oft Gegenstand ihrer Berichterstattung.

Der Hass auf die Medien, insbesondere die öffentlich-rechtlichen, aber auch alle anderen, wird dabei auch zum Bindeglied zwischen extrem Rechten und bürgerlich-rechtspopulistischen Kreisen: „Lügenpresse auf die Fresse“, schallt es seit jeher auf Neonazi-Demos, das nur leicht abgewandelte „Lügenpresse, Lügenpresse“ ist einer der beliebtesten Sprechchöre von Pegida & Co.

Die Hetze gegen die angebliche Lügenpresse hat auch ganz konkrete, physische Auswirkungen – die Zahl der Angriffe auf JournalistInnen im Kontext von Demonstrationen und Kundgebungen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig bedeutet der Vertrauensverlust für die etablierten Medien einen wachsenden Markt für die Presseerzeugnisse der „Gegenöffentlichkeit“, die der AfD vorschwebt: Nicht nur wimmelt es im Internet an verschwörungstheoretischen, neurechten Blogs mit teils beachtlicher Reichweite. Auch am Bahnhofskiosk kann der/die interessierte LeserIn aus einer breiten Palette neurechter Angebote wählen – die rechte Nachrichtenblase muss weder digital noch analog verlassen werden.

Mit diesen „Neuen Medien“, wie der AfD-Mann Peter Felser sie scheinbar politisch neutral bezeichnet, ist die Bundestagsfraktion über ihre Mitarbeitenden ebenfalls bestens vernetzt. Mindestens 41 Verbindungen, so zeigt unsere Recherche, bestehen zwischen den Büros der Abgeordneten und Medien der Neuen Rechten, die Verbindungen zu den althergebrachten

rechtsextremen Medien, wie etwa dem Presseorgan der NPD, der *Deutschen Stimme*, kommen noch dazu.

Neben Henning Hoffgaard beschäftigt die AfD-Fraktion weitere Mitarbeitende der *Jungen Freiheit*. Zu mindestens sieben Abgeordnetenbüros bestehen Verbindungen, dazu kommen die Mitarbeitenden der Fraktion: Der Historiker Michael Kurt Paulwitz etwa, der in Stuttgart ein Büro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt und nun als Pressereferent für die AfD-Fraktion arbeitet, schreibt seit 17 Jahren für das Blatt.

Doch die Medienkontakte der Mitarbeitenden der AfD-Abgeordneten reichen noch weiter in andere Publikationen hinein, wie in das rechte Magazin *Compact* und die rechtslibertäre Monatszeitung *eigentümlich frei*.

Das *Compact*-Magazin um Jürgen Elsässer ist schon seit Langem ein Forum für AfD-PolitikerInnen. Wie eng das Magazin und die Partei miteinander verbandelt sind, zeigt sich schon an ihrem Slogan. Beide werben mit „Mut zur Wahrheit“.

Für ihren Mitarbeiterstab hat die AfD nun auch *Compact*-Mitarbeitende rekrutiert. Die Moderatorin des Fernsehmagazins *Die Woche Compact*, Katrin Nolte, arbeitet für den hessischen Abgeordneten Martin Hohmann. Sie ist mit dem hessischen AfD-Politiker Jan Nolte verheiratet, verwendet im Netz aber noch ihren alten Namen Ziske. In der Sendung spricht sie vor allem über „Asylanten“, die Antifa, über „Patrioten“ und „Kampagnen gegen Moskau“.

Lutz Bachmann, den unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilten Pegida-Mitbegründer, nennt sie einen „Bürgerrechtler“. Ihre Videos haben mehrere Zehntausende Klicks bei YouTube. So finden neue Medien und die rechte „Gegenöffentlichkeit“ zusammen. Die AfD ist regelmäßiger Gast in ihrer Sendung. Auch in den Büros anderer Abgeordneter, etwa bei Frank Pasemann oder Martin Reichardt, finden sich enge Verbindungen zu *Compact*.

Eine der prominentesten Personalien im AfD-Team mit Verbindungen zu diesem Magazin ist Michael Klonovsky. Er war viele Jahre Redakteur des *Focus*, wurde dann Spindoktor von Frauke Petry und ist heute Referent des Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland. Im Juni 2016 schrieb Klonovsky in *Compact*, „jeder, der die unkontrollierte Masseneinwanderung nicht besiegt“, werde als „Dunkeldeutscher zum multimedialen Angegröltwerden freigegeben“. Bereits während seiner Zeit beim *Focus* hetzte er gegen politische Korrektheit anderer Medien.

Neben *Compact* und seinem eigenen Blog *Acta diurna* publiziert Klonovsky auch im Magazin *eigentümlich frei*, einer wichtigen Stimme der Neuen Rechten. Aus deren Autorenschaft sind ebenfalls einige in die AfD-Büros gewechselt. Michael Limburg, Mitarbeiter des Abgeordneten Karsten Hilse, schreibt dort regelmäßig über die „Klimapropaganda“ der klassischen Medien, der Historiker Gérard Bökenkamp aus dem Büro von Beatrix von Storch berichtet über Trump, Außenpolitik und Migration. Bökenkamp ist außerdem Chefredakteur des Autorengemeinschaftsblogs *FreieWelt.net*, das von Beatrix von Storch und ihrem Mann mit initiiert wurde.

Die Recherche zeigt: Mit den öffentlichen Geldern, die der Fraktion dank des Einzugs in den Bundestag zustehen – jeder AfD-Abgeordnete verfügt über ein Personalbudget von rund 20.000 Euro im Monat, dazu kommen die Mittel für die Fraktion –, kauft sich die AfD einerseits Medienkompetenz ein, die ihr dabei hilft, ihre Botschaften in den etablierten Medien zu platzieren. Zwar scheint es hier noch Luft nach oben zu geben: Geeignetes Personal für den „Newsroom“ zu finden, so erzählen AfDler hinter vorgehaltener Hand, sei gar nicht so einfach; dennoch trägt diese Strategie bereits Früchte und hilft der Partei dabei, ihre Normalisierung voranzutreiben.

Gleichzeitig sorgt die Fraktion mit ihrer Einstellungspraxis dafür, dass das Netz zwischen der AfD und den rechten Medien immer enger wird. Zusammen mit der enormen Präsenz der Partei in den sozialen Medien entsteht ein Diskursraum, der in sich geschlossen und weitgehend abgekoppelt funktioniert.

Dass diese Strategie funktionieren kann, haben andere vorgemacht: In den USA hat die Kombination aus Medien- und Elitenhass mit einer aufgeheizten Gegenöffentlichkeit von rechts außen und konsequentem Social-Media-Einsatz Donald Trump schließlich ins Weiße Haus gebracht. Kein Wunder, dass sich die AfD-Chefin Alice Weidel im Frühjahr 2018 mit Trumps früherem Chefstrategen Steve Bannon getroffen hat. Thema: Bannons Erfahrungen mit politischer Kommunikation und „alternativen Medien“. *Anne Fromm, Malene Gürgen, Andreas Speit*

8 Nächste Generation AfD: Die Junge Alternative im Bundestag

Die Jugend-Organisation der AfD, die Junge Alternative (JA), hat nach eigenen Angaben derzeit etwa 1.750 Mitglieder. Damit ist sie im Vergleich zur Mutterpartei mit ihren etwa rund 30.000 Mitgliedern nicht sonderlich groß. In Nordrhein-Westfalen gibt es mit 350 Mitgliedern den größten Landesverband, in Bremen mit zwölf den kleinsten. Seit November 2015 ist die JA von der AfD offiziell als Nachwuchsorganisation anerkannt. Davor hatte es wiederholt Querelen zwischen der Partei und den Jugendorganisationen gegeben, weil sich die JA immer wieder zu Vertretern des völkisch-nationalistischen Flügels wie Björn Höcke bekannt hatte. Diese Differenzen zwischen JA und AfD scheinen nun schon länger beigelegt.

Die JA übt sich gern in aggressiven Auftritten, zum Beispiel bei ihrem Bundeskongress im Februar 2018 im hessischen Büdingen. Aufnahmen von dort zeigen, wie die AfD-Parteijugend der Gegendemo vor ihrem Tagungsort entgegentritt: Minutenlang brüllt ein großer Mob Parolen im Kommandoton. „Hier. Regiert. Die. AfD“, tönt es, oder „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“.

Tobt sich bei Gelegenheiten wie dieser bloß eine ungezähmte Parteijugend aus? Dagegen spricht, dass Mitglieder der Parteijugend mittlerweile wichtige Funktionen für die AfD übernehmen. Jan Nolte etwa, der Vorsitzende der Hessischen JA, ist in Büdingen dabei und stimmt bei „Nieder mit der Antifa!“ in die Parolen ein. Doch Nolte ist nicht nur in der JA aktiv, sondern sitzt seit Oktober 2017 auch als Abgeordneter für die AfD im Bundestag. Und er ist nicht der Einzige aus der JA, der dort ein und aus geht: Nicht nur unter den Abgeordneten der AfD finden sich Mitglieder der JA, auch sind nach unseren Recherchen mindestens 35 JÄler in den Abgeordnetenbüros der AfD-Fraktion angestellt.

Wer ist es, der in diesen Positionen als Nachwuchs der AfD gefördert wird? Und welche Verbindungen zu anderen Gruppen bringen die JÄler in den Bundestag? Die Soziologin Anna Lena Herkenhoff, die die Anfangszeit der JA und ihre Verbindungen in die Neue Rechte untersucht hat, sagt über die Vernetzung der JA: „Auffällig ist, dass es viele personelle Überschneidungen mit rechten Burschenschaften und der Identitären Bewegung gibt.“ Der Blick auf die JA-Mitglieder, die im Bundestag angestellt sind, bestätigt dies: Gerade von den Mitgliedern der Parteijugend bringen viele Kontakte zu rechten bis rechtsextremen Gruppen mit. Eine Reihe ist ebenfalls Mitglied in neurechten oder rechtsextremen Organisationen, andere sind lose mit ihnen assoziiert.

Einer, der für die Verschränkungen mit rechten Burschenschaften und der vom Verfassungsschutz beobachteten *Identitären Bewegung* (IB) steht, ist Jörg Sobolewski. Er war Vorsitzender der JA Berlin, ist derzeit stellvertretender Sprecher im Bundesverband sowie stellvertretender Vorsitzender der AfD im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf. Außerdem ist er Mitglied der *Berliner Burschenschaft Gothia*, was er auf *taz*-Anfrage bestätigt, und war 2016 Sprecher des Dachverbands *Deutsche Burschenschaft*. Beide werden als extrem rechts eingeordnet. Jetzt arbeitet Sobolewski für den Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka aus Bayern.

Sobolewski war 2013 dabei, als die *IB* eine Veranstaltung im Rathaus von Berlin-Reinickendorf störte, als dort über eine Flüchtlingsunterkunft diskutiert wurde. Im Herbst 2016 wurden zudem Fotos öffentlich, die augenscheinlich Sobolewski dabei zeigen, wie er im Garten der *Burschenschaft Gothia* eine Regenbogenflagge verbrennt. Ein weiteres Foto aus 2017 zeigt Sobolewski auf einem Fest der JA Berlin, das ebenfalls im Garten der *Burschenschaft Gothia* stattfand und bei dem unter anderem der Berliner *Identitären*-Chef Robert Timm zu Gast war.

Fragt man Jörg Sobolewski, wie er sich von der AfD abgrenzt, antwortet er mit einem knappen Verweis auf „den Beschluss“, an den er sich halte. Gemeint ist ein formaler Unvereinbarkeitsbeschluss zur *IB*, den die JA im Juli 2016 gefällt hat.

Die Soziologin Herkenhoff hält den Unvereinbarkeitsbeschluss jedoch für ein Feigenblatt. Zum einen sei klar, dass man sich durch den Beschluss abgrenze, weil die *IB* vom Verfassungsschutz beobachtet werde, und nicht aufgrund von inhaltlichen Unvereinbarkeiten. „Die jewei-

ligen Vorstellungen von Politik und Gesellschaft liegen nah beieinander“, sagt sie. Und zum anderen werde der Beschluss trotzdem immer wieder unterlaufen. „Solange das keiner mitbekommt, ist das dort kein Skandal“, sagt sie. Dass regelmäßig zusammengearbeitet werde, könne man bei Demos am besten beobachten. Wenn Überschneidungen aufgedeckt würden, sage die JA auch manchmal, dass sie dem nachgehen werde. „Dass aber tatsächlich etwas passiert, kommt nur in ganz krassen Fällen vor.“

So ist es wenig überraschend, dass auch zwei Kollegen von Sobolewski Sympathien für die *Identitären* zu haben scheinen: Ebenfalls bei Stephan Protschka arbeiten Vadim Derksen aus Bayern und The-Hao Ha aus Berlin. Beide haben 2016 an Demonstrationen der *IB* teilgenommen.

Für die beiden Abgeordneten Frank Pasemann und Andreas Büttner, beide aus Sachsen-Anhalt, arbeitet Joel Bußmann. Er ist stellvertretender Vorsitzender der JA Berlin. 2017 nahm er an einer Demonstration der *IB* teil. Ein Foto zeigt ihn in einem T-Shirt des *IB*-Modelabels Phalanx Europe. Die Aufschrift lautet „Fighting for the rebirth of Europe“. Bei der Grillparty mit dem *Identitären*-Chef Robert Timm war er ebenfalls dabei, wie Sobolewski ist er Mitglied der *Berliner Burschenschaft Gothia*.

Weitere Verbindungen, die JAler in den Bundestag bringen, führen in das publizistische Milieu der Neuen Rechten. Dafür steht etwa Carlo Clemens, ein Führungskopf der JA in Nordrhein-Westfalen. Er arbeitet für den Bundestagsabgeordneten Jochen Haug, der auch aus Nordrhein-Westfalen ist. Bei der neurechten Zeitung *Blaue Narzisse* war Clemens bis 2014 Autor, er schrieb für die *Junge Freiheit* und war Praktikant bei der rechtskonservativen *Preußischen Allgemeinen*. Auch der junge Abgeordnete Jan Nolte beschäftigt einen ehemaligen Autoren der *Blauen Narzisse*. Und für die Fraktion arbeitet Philipp Runge, der bis vor einigen Jahren Pressesprecher der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* war. Auch er ist Mitglied in der *Gothia*.

Diese Mitglieder der JA zeigen nicht nur die Akzeptanz von rechtsextremen Gedankengut in der AfD, sondern können ihre Anstellung im Bundestag auch nutzen, um ihre Netzwerke zu stärken – „für die persönliche Karriere, aber auch im Sinne des größeren politischen Projekts“, so Herkenhoff. Zudem steht ihnen im Bundestag eine professionelle Infrastruktur zur Verfügung. Der Sozialwissenschaftler und AfD-Experte David Bebnowski vom *Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam* hält das für ein Problem. „Man muss bedenken, auf was für Informationen diese Leute auf einmal zugreifen können“, sagt Bebnowski. Angestellte mit Verbindungen in rechtsextreme Milieus hätten dort eine Ausstattung, „die ihnen zu Hause am Rechner mit einer kleinen, rechten Splittergruppe sicher nicht zur Verfügung stehen würde“.

Das Engagement in Nachwuchsorganisationen von Parteien kann zudem ein Sprungbrett für eine spätere parteipolitische Karriere sein – das gilt nicht nur bei den Jusos, sondern auch in der AfD. Der Nachwuchs in den Mitarbeiterbüros verrät somit auch etwas über die zukünftige

AfD. Das sieht auch Bebnowski so: „Das sind Leute, die die Partei auf Jahre prägen werden“, sagt er über die jungen Mitarbeitenden. Bebnowski geht davon aus, dass radikale Positionen und Kontakte zu neurechten oder rechtsextremen Organisationen dadurch in der Partei noch mehr zum Normalfall werden.

Sehen die Wissenschaftler die Möglichkeit, dass sich heutige JÄler, wie viele Jusos, im Laufe der Zeit mäßigen werden? Beide verneinen. Regierungsverantwortung wolle die Partei nicht übernehmen, sagt Bebnowski. Im Gegensatz zur SPD habe die AfD nicht den Anspruch, eine staatstragende Partei zu sein. „Als Juso müsste man da vielleicht irgendwann gucken, wie man sich einordnet“, meint er. „Das sehe ich in der AfD überhaupt nicht.“ *Hannah Bley, Anna Grieben*

9 Neoliberaler Nationalismus: Verbindungen in die Wirtschaft

Für den DGB war die Sache klar: Die AfD sei eine „radikal neoliberale Partei“, befand der Gewerkschaftsbund, nachdem sich die AfD 2016 erstmals ein Grundsatzprogramm gab. Sie wolle „Reiche reicher machen“, „mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung, weniger Staat“. Deregulierte Märkte sollten das meiste regeln, die AfD gehe dabei „weiter als die FDP“, so eine Analyse des DGB vom Mai 2016. Tatsächlich fanden sich in der Programmatik der Partei viele in diese Richtung weisende Forderungen, etwa die Abschaffung der Erbschaftsteuer, die Verhinderung einer Vermögensteuer oder die „Wiederherstellung“ des Bankgeheimnisses.

Angesichts der Geschichte der Partei verwundert diese Agenda nicht: Gegründet wurde sie von rechten Ökonomieprofessoren um den Hamburger Euro-Gegner Bernd Lucke, einer ihrer Spitzenkandidaten war der marktradikale Ex-Industriepräsident Hans-Olaf Henkel.

Zwar wurde Lucke 2015 geschasst und Henkel nennt die Partei inzwischen ein „Monster“. Doch ein Blick auf den Hintergrund vieler Abgeordneter der heutigen Bundestagsfraktion und ihrer Mitarbeitenden scheint zu bestätigen, dass die AfD auch heute dem Kapital sehr nahe steht: Aus 21 der 92 Abgeordnetenbüros gibt es Verbindungen zur Wirtschaft.

Ein Mitarbeiter und neun Abgeordnete etwa waren in ihrem früheren Leben bei Großkonzernen wie Airbus, BMW, Continental, der Daimler AG, der Deutschen Bahn AG, der Telekom, Ericsson, Fraport, Rolls-Royce, Shell, Siemens oder Bayer beschäftigt. Sieben Mitarbeitende und sieben AfD-Abgeordnete verdienten ihr Geld zuvor in der Finanzwirtschaft, darunter bei so illustren Unternehmen wie der Allianz, der Deutschen Bank, Ernst & Young AG, Goldman Sachs, der Hamburger Sparkasse, der Landesbank Berlin, der UniCredit Bank AG oder der Zürich Versicherungsgruppe. Jedes zehnte Abgeordnetenbüro unterhält Verbindungen zu marktwirt-

schaftlichen Lobbygruppen. Diese Abgeordneten oder ihre Mitarbeitenden sind oder waren bei Initiativen wie dem *Hayek-Club Köln*, dem *Libertären Stammtisch Berlin*, dem *Ludwig-von-Mises-Institut*, den Wirtschaftsunioren im *Bund junger Unternehmer* oder der *Deutschen Edelmetall Gesellschaft* aktiv oder beschäftigt. Besonders stark vertreten ist auch die Unternehmensberatung- und Consultingbranche in der AfD-Bundestagsfraktion: In etwa jedem siebten Abgeordnetenbüro sitzt heute jemand, der hier zuvor beschäftigt war. Darunter sind auch ehemalige Beschäftigte international tätiger Beratungsunternehmen wie *Booz Allen & Hamilton* oder der *Deutschen Vermögensberatung*.

Ökonomische Kompetenz und umfangreiche persönliche Verbindungen in Kernbereiche von Finanzindustrie, Dax-Unternehmen und Marktwirtschaftslobby lassen vermuten, dass hier tatsächlich eine rechte FDP am Werk sein könnte. Tatsächlich aber ist die Partei in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen heute tief zerstritten.

Einigkeit herrscht lediglich bei Fragen, die die EU berühren. Das Lieblingsthema der alten neoliberalen Garde in der AfD prägt deren Wirtschaftspolitik bis heute: Die Gegnerschaft zum Euro und die Wut über die Euro-Rettung, die angeblich deutsches Volksvermögen verschleudert habe. Deutschland „muss die Transferunion aufkündigen und den Euroraum verlassen“, heißt es im aktuellen Wahlprogramm. Die Politik der EZB sei „das Ende der angestammten Geschäftsmodelle der Lebensversicherer und Privatbanken“, sagt der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, der ehemalige *Booz Allen & Hamilton*-Consultant Peter Boehringer, der bis dahin vor allem mit obszönen Ausfällen gegen Angela Merkel aufgefallen war.

Boehringer hat sich – und wusste die AfD dabei insgesamt hinter sich – zuletzt strikt gegen die von der EU-Kommission geplante Europäische Einlagensicherung für Banken *EDIS* (European Deposit Insurance Scheme) gestellt. Boehringer nennt diese eine „billionenschwere Haftung deutscher Kleinsparer für faule Kredite südeuropäischer Pleite-Banken“.

Beim Rückzug aus Europa stimmen der neoliberale Flügel und der Rest der Partei überein. Zu Ersterem zählen etwa die Ex-Unternehmensberaterin und Fraktionsvorsitzende Alice Weidel. Sie beklagt eine „der höchsten Einkommenssteuer- und Abgabenbelastungen aller westlichen Staaten“ in Deutschland. Ähnlich sieht Bundessprecher Jörg Meuthen die Dinge: Er wolle „entschieden gegen jede soziale Vollkasko-Mentalität“ eintreten, versicherte er einst. Auch einige Abgeordnete sind dem wirtschaftsliberalen Flügel zuzurechnen, der auf keinen Fall mehr Staat will. Bei der Debatte um den Haushalt 2018 erklärte etwa der Nürnberger MdB Martin Sichert der Linken, die Armut im Lande wachse „auch deshalb, weil sie der Meinung sind, man müsse angeblichen Reichtum in Deutschland umverteilen.“

Doch anders als die Euro-Fragen sind solche Positionen in der Partei heute nicht mehr mehrheitsfähig. Der extrem rechte „Flügel“ um den Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke, aber

auch der *Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland* um den Magdeburger MdB Jürgen Pohl oder westdeutsche Ex-Sozialdemokraten wie der MdB Kay Gottschalk setzen auf eine völkische Sozialpolitik. Das Stichwort heißt: Sozialpopulismus. Unter dem Motto „Sozial, ohne rot zu werden“ demonstrierte dieser Flügel etwa am 1. Mai in Eisenach. Die AfDler forderten nicht weniger, sondern mehr Staat in der Sozialversicherung und riefen den Kampf gegen die Altersarmut aus – ein klarer Versuch, der Linkspartei Konkurrenz zu machen. Sie wollen eine Bürgerversicherung, die alle in die gesetzlichen Sozialversicherungen bringt – mit Ausnahme von Ausländern und Migranten, versteht sich. Die gesetzliche Rentenversicherung sei zugunsten von privaten Versicherungen und Banken ausgehöhlt worden. Reparieren wollen sie dies mit mehr Steuergeld – ein Unding für Neoliberale wie Meuthen. Der Streit um die Sozial- und Wirtschaftspolitik ist aktuell die größte Baustelle der Partei.

Die Partei brauche Leute wie Meuthen heute, um konservative Wähler und Mitglieder zu halten, sagt Gustav A. Horn, wissenschaftlicher Direktor des *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* der Hans-Böckler-Stiftung. Doch ganz generell sei der neoliberale Flügel „in der Defensive“, so Horn. „Völlig unklar“ seien die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Partei. Es gebe Überbleibsel der Lucke-Linie, vor allem bei Meuthen und Weidel. Doch den Ton würden zunehmend jene Teile der Partei angeben, die „Soziales und Nationales wieder einmal zu verbinden versuchen“, sagt Horn. „Soziale Sicherung als nationale Sicherung für Deutsche ist kein neuer Gedanke, das erinnert an sehr unselige Zeiten.“

Auf der programmatischen Ebene habe sich dies noch nicht niedergeschlagen, „in Symbolpolitik sieht man das schon“, sagt Horn. Einst seien vor allem die steuerkritischen Vorstellungen das Kernelement des Anti-Establishment-Kurses der Partei gewesen. Der elitengesteuerte Staat, so hatte die AfD erklärt, greife also zu sehr in die Taschen der Bürger, die EU erst recht. Heute hingegen sei eher zu hören, dass die Gewerkschaften „Teil des Systems“ seien, sagt Horn. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2018 wurde aus der AfD heraus teils gegen Gewerkschaftsmitglieder kandidiert – mit dem Ziel, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer von rechts zu reklamieren.

Dies zeigte sich auch in den ersten Monaten der Parlamentsarbeit. Generell waren Wirtschaftsthemen dabei unterbelichtet. „Wenig bis nichts“ sei auf diesem Feld von der Partei zu hören gewesen, sagen BeobachterInnen. Mitte Mai etwa forderte die AfD eine Begrenzung der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen. Nicht nur die ohnehin nur selten möglichen sachgrundlosen Befristungen sollten abgeschafft werden, sondern Befristungen generell auf zwei Jahre begrenzt werden. Während das völkische soziale Lager versucht, die Linke zu kopieren, melden sich am selben Tag andere Abgeordnete der AfD im Plenum zu Wort und kopieren die FDP. Die einen wollen einen höheren Mindestlohn und weniger Leiharbeit, die anderen fordern ein Ende „überbordender Bürokratisierung“ und „mehr Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt.“

Paradoxerweise hat diese Orientierungslosigkeit der Partei bislang nicht geschadet. Auch die politische Konkurrenz hat diesen Schwachpunkt der Partei bislang nicht offensiv aufgegriffen.

Im Flügelstreit zwischen völkisch-sozialen und klassisch neoliberalen scheinen erstere sich durchzusetzen und die Partei insgesamt zu prägen. Die starke personelle Verflechtung der Fraktion mit Akteuren aus der Wirtschaft vermag kaum kulturell-habituelle Bindekräfte zu entfalten, wie sie etwa bei der FDP wirken. Wie stark die Distanz zwischen der Wirtschaft und selbst dem neoliberalen Flügel der AfD ist, war am Tag der Generalaussprache im Bundestag im Mai 2018 zu beobachten. Weidel durfte diese als Oppositionsführerin eröffnen. Sie sprach von einem alten Bergmann aus Bochum, der heute „Flaschen vor dem Ruhrstadion“ aufsammele, um seine Rente aufzubessern, während der „Leibwächter von Osama bin Laden“ in Deutschland als Flüchtling leben und „am Wochenende gern mit seinem Moped ins Grüne fährt.“ Ihre Rede gipfelte in der Aussage, „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Kurz darauf meldete sich Siemens-Vorstand Joe Kaeser auf Twitter: „Lieber ‚Kopftuch-Mädel‘ als ‚Bund Deutscher Mädel‘“ schrieb er. Weidel schadet dem Ansehen unseres Landes in der Welt. Da, wo die Haupt-Quelle des deutschen Wohlstands liegt.“ Da hatte die AfD es schriftlich, dass Nationalismus ihr zunehmend wichtiger als der Markt wird.

Christian Jakob

10 Der Ost-West-Vergleich

Die AfD kann inzwischen in ganz Deutschland Erfolge feiern, in Ostdeutschland aber ist sie stärker. Sie erzielte dort bei den Landtagswahlen bessere Ergebnisse und auch bei der Bundestagswahl im Herbst 2017. In den Bundesländern Sachsen (27%), Thüringen (22,7%), Brandenburg (20,2%), Sachsen-Anhalt (19,6%) und Mecklenburg-Vorpommern (18,6%) lag die AfD deutlich über dem bundesweiten Stimmenanteil von 12,6 Prozent. Dementsprechend sind AfD-Abgeordnete aus Ostdeutschland überproportional im Bundestag vertreten. Gibt es auch regionale Unterschiede oder Besonderheiten, was die Mitarbeitenden der AfD im Bundestag angeht?

Interessant ist etwa die Frage, welche Abgeordnete Rechtsextreme als Mitarbeitende eingestellt haben. Die Recherche zeigt: Aus 23 der 92 Abgeordnetenbüros gibt es Verbindungen zu extrem rechten Parteien, Think-Tanks, Medien, Burschenschaften oder anderen Organisationen. Die meisten der dezidiert als rechtsextrem einzustufenden Mitarbeitenden tummeln sich allerdings in den Büros einiger weniger Abgeordneter. Und zwar in solchen aus Ost und West.

Zwei Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt stechen diesbezüglich besonders heraus, sie haben offenkundig bestehende Netzwerke vom Land auf die Bundesebene übertragen. Andreas Mrosek, 60 Jahre alt, war früher mal in der CDU und saß zwei Jahre für die AfD im Landtag, bevor er in den Bundestag wechselte. Einer seiner Mitarbeiter, den er aus Magdeburg mit nach Berlin brachte, hat in einer ganzen Reihe extrem rechter Gruppen mitgemischt. Er war Fechtwart der Kölner *Burschenschaft Germania*, hat für die *Blaue Narzisse* geschrieben und mischte bei neurechten und flüchtlingsfeindlichen Initiativen wie *Zukunft Heimat* und *Ein Prozent e. V.* mit. Ein anderer Mitarbeiter war früher Mitglied einer Neonazi-Kameradschaft.

Der andere Abgeordnete, Frank Pasemann, 58 Jahre alt, hatte in Sachsen-Anhalt für die AfD-Fraktion gearbeitet und konnte nun als Bundestagsabgeordneter selbst Mitarbeitende einstellen; er schaute dafür weit nach rechts außen. Kein Wunder, wird er doch auch selbst dem rechtsnationalen Flügel der Partei zugeordnet. Bei ihm unter anderem nun im Team: Tim Ballschuh, der seine politische Karriere einst bei der NPD begann. Und sein Büro ist auch ein Bindeglied in die *Identitäre Bewegung* (IB), mit der die AfD offiziell gar nicht zusammenarbeitet, was aber durch die Realität längst widerlegt wurde. Mindestens zwei von Pasemanns Mitarbeitern kommen aus dem IB-Umfeld.

Starke Verbindungen aus dem Bundestag in die IB gibt es daneben vor allem über Abgeordnete aus Bayern. Stephan Protschka, der seit Dezember 2017 im AfD-Bundesvorstand sitzt, hat seinen Wahlkreis in Rottal-Inn in Niederbayern. Der 40-Jährige hat gleich mindestens drei Männer in seinem Büro beschäftigt, die der IB zuzuordnen sind. Auch zwei weitere bayerische Abgeordnete haben IB-Aktivisten beschäftigt. Insgesamt wurden aus acht Abgeordnetenbüros im Bundestag Verbindungen in die IB recherchiert.

Dass zwei AfD-Abgeordnete aus Sachsen Mitarbeiter beschäftigen, die in unterschiedlicher Funktion bei Pegida aktiv waren – sei es als Mitglied oder Rednerin –, überrascht nicht, allein schon wegen der geographischen Nähe. In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden nahm Pegida schließlich seinen Anfang und bringt dort jeden Montag mit Abstand am meisten Menschen auf die Straße. Aber auch drei Abgeordnete aus Bayern und einer aus Baden-Württemberg haben nun Mitarbeitende in ihren Büros sitzen, die Mitglied der fremdenfeindlichen Gruppierung sind oder dort als Redner auftraten.

In der AfD-Fraktion arbeiten nun viele Personen, die bereits in den etablierten Parteien Erfahrung gesammelt haben, sei es als Funktionär in einem Kreisverband, als Mitarbeiterin im Bundestag oder als einfaches Parteimitglied. Auffällig ist: Es sind eher Abgeordnete aus westdeutschen Bundesländern, die auf solche Mitarbeitende setzen, genauer gesagt vor allem Abgeordnete aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Was die ostdeutschen Länder angeht, sind bei Abgeordneten aus Thüringen die meisten Mitarbeitenden beschäftigt, die zuvor bei einer anderen der großen Parteien aktiv waren. Kon-

kret sind es bei den thüringischen Abgeordneten ehemalige CDUler und FDPler. Diese beiden Parteien bilden auch insgesamt für die AfD im Bundestag das größte Rekrutierungsbecken der etablierten Parteien. Es gibt aber auch Mitarbeitende, die vorher bei der SPD aktiv waren, in Bayern bei den Piraten Politik machten oder bei der Linksfraktion im Bundestag beschäftigt waren. *Sebastian Erb*

11 Reaktionen und Ausblick

Offizielle Reaktionen der AfD-Fraktion im Hinblick auf Enthüllungen ihre Mitarbeitenden betreffend gibt es nicht. In den Einzelfällen, in denen sich Abgeordnete bislang zu besonders umstrittenen Mitarbeitenden äußerten, stellten sie sich schützend vor diese, wie die folgende Auswahl an Zitaten zeigt:

„Herr Dr. Lehnerts private und berufliche Vita hat mich überzeugt.“

Der AfD-Abgeordnete Harald Weyel über seinen Mitarbeiter Erik Lehnert. Dieser hatte zuvor die neurechte Denkfabrik *Institut für Staatspolitik* geleitet.

„Ich frage meine Mitarbeiter nicht, was sie im jugendlichen Alter gemacht haben.“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland gegenüber der FAZ

„Ich kenne ihn als differenzierten und besonnenen jungen Menschen.“

Der AfD-Abgeordnete Jan Nolte gegenüber der Zeit. Die hatte berichtet, dass Nolte den Oberleutnant Maximilian T. angestellt hatte. Gegen T. lief ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft. Er soll unter anderem für den vorübergehend Terrorverdächtigen Franco A. Listen mit möglichen Anschlagzielen angelegt haben.

„(...) bezüglich Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass Ihre Betätigung im Rahmen einer als „Journalismus“ getarnten Antifaarbeit von uns als letztklassig betrachtet wird. Weil wir aber nicht so sind, hoffen wir natürlich, dass Ihren LeserInnen bei der Lektüre des kommenden Schmierensprangers nicht vor Schreck und Empörung die Nerdbrillen (und Sturmhauben) in den veganen Sojacappuccino fallen mögen. Wobei natürlich festzuhalten ist, dass derartige Kampagnen ohnehin kaum noch jemanden interessieren. Trotz drolliger Animationen und düsteren Filmchen. Zu Personalinterna äußern wir uns grundsätzlich nicht. Ihre Freunde der

Privat-Stasi müssen Ihre Karteien und Steckbriefe leider auch weiterhin selber zusammenschnüffeln. Zitieren dürfen Sie allerdings gerne, dass wir alle geeigneten Studenten ermuntern, sich an ihrem Hochschulort einer DB-Burschenschaft anzuschließen.“

Ein AfD-Abgeordneter auf unsere Frage nach Verbindungen seiner Mitarbeitenden ins *Identitäre* Milieu und zu extrem rechten Burschenschaften.

Lediglich in einem Fall gab ein AfD-Abgeordneter gegenüber der *taz* an, ein umstrittener Mitarbeiter arbeite inzwischen nicht mehr für ihn.

Es bleibt also festzuhalten, dass Mitarbeitende mit neurechter oder extrem rechter Vita im Regelfall kein Problem für die AfD darzustellen scheinen. Im Gegenteil verteidigen die Abgeordneten zum Teil ganz offen die Vorteile, die eine Einstellung von Personen aus diesen Strukturen und Netzwerken mit sich bringe.

Abzuwarten bleibt, ob der AfD auch weiterhin den Spagat zwischen offizieller Abgrenzung zu bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit der extremen und Neuen Rechten gelingt. Ebenso werden die kommenden Jahre zeigen, ob es die Partei schafft, sich auch jenseits ihrer jetzigen Wählerschaft Milieus zu erschließen und welche Rolle dabei die durch die neuen Mitarbeitenden gewonnenen Kontakte spielen.

Weitere Recherchefragen ergeben sich auch dann, wenn der Fokus nicht mehr nur auf dem deutschen Kontext liegt: Insbesondere die transnationalen Netzwerke der Rechtspopulisten in Europa sind bislang weder wissenschaftlich noch journalistisch ausreichend untersucht. Fast überall in Europa sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Dass sich etwa die AfD in Deutschland, die FPÖ in Österreich und der Front National in Frankreich austauschen, dass sie Kontakte pflegen und an Netzwerken arbeiten, ist bekannt. Zu recherchieren, welche personellen und strukturellen Verbindungen es genau gibt, nicht nur auf Ebene der Abgeordneten, sondern auch unter ihren Mitarbeitenden, wäre eine lohnenswerte Fortsetzung des vorliegenden Projekts.

AuorInnenverzeichnis

Hannah Bley	<i>taz</i> -Praktikantin
Sebastian Erb	Redakteur <i>taz</i> , Ressort Wochenende
Anne Fromm	Redakteurin <i>taz</i> , Ressort Medien
Anna Grieben	Redakteurin <i>taz</i> , Ressort Online
Malene Gürgen	Redakteurin <i>taz</i> , Ressort Inland
Christian Jakob	Redakteur <i>taz</i> , Ressort Reportage und Recherche
Ernst Kovahl	Autor <i>der rechte rand</i>
Sabine am Orde	innenpolitische Korrespondentin der <i>taz</i>
Christian Rath	rechtspolitischer Korrespondent der <i>taz</i>
Nina Rink	Autorin <i>der rechte rand</i>
Andreas Speit	<i>taz</i> -Autor
Lea Wagner	<i>taz</i> -Autorin

- Nr. 29 Lindners FDP. Profil – Strategie – Perspektiven (Michael Freckmann)
- Nr. 28 Unternehmensteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen (Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn)
- Nr. 27 Polarisiert und radikalisiert? Medienmisstrauen und die Folgen (Oliver Decker, Alexander Yendell, Johannes Kiess, Elmar Brähler)
- Nr. 26 Aufstocker im Bundestag II – Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 18. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 25 Unterhaltung aus Bayern, Klatsch aus Hessen? Eine Programmanalyse von BR und hr (Eva Spittka, Matthias Wagner und Anne Beier)
- Nr. 24 #MythosTwitter – Chancen und Grenzen eines sozialen Mediums (Mathias König und Wolfgang König)
- Nr. 23 Informationsfreiheit – Mehr Transparenz für mehr Demokratie (Arne Semsrott)
- Nr. 22 Journalist oder Animateur – ein Beruf im Umbruch. Thesen, Analysen und Materialien zur Journalismusdebatte (Hans-Jürgen Arlt und Wolfgang Storz)
- Nr. 21 Ausverkauf des Journalismus? – Medienverlage und Lobbyorganisationen als Kooperationspartner (Marvin Oppong)
- Nr. 20 Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale (Alexander Hensel, Lars Geiges, Robert Pausch und Julika Förster)
- Nr. 19 Bürgerbeteiligung im Fernsehen – Town Hall Meetings als neues TV-Format? (Nils Heisterhagen)
- Nr. 18 „Querfront“ – Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks (Wolfgang Storz)
- Nr. 17 Information oder Unterhaltung? – Eine Programmanalyse von WDR und MDR (Joachim Trebbe, Anne Beier und Matthias Wagner)
- Nr. 16 Politische Beteiligung: Lage und Trends (Rudolf Speth)
- Nr. 15 Der junge Osten: Aktiv und Selbstständig – Engagement Jugendlicher in Ostdeutschland (Jochen Roose)
- Nr. 14 Wettbewerbspopulismus – Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen (David Bebnowski und Lisa Julika Förster)
- Nr. 13 Aufstocker im Bundestag – Nebeneinkünfte und Nebentätigkeiten der Abgeordneten zu Beginn der 18. Wahlperiode (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 12 Zwischen Boulevard und Ratgeber-TV. Eine vergleichende Programmanalyse von SWR und NDR (Joachim Trebbe)
- Nr. 11 Die sechste Fraktion. Nebenverdiener im Deutschen Bundestag (Herbert Hönigsberger)
- Nr. 10 Chancen der Photovoltaik-Industrie in Deutschland (Armin Räuber, Werner Warmuth, Johannes Farian)
- Nr. 9 Logistik- und Entwicklungsdienstleister in der deutschen Automobilindustrie – Neue Herausforderungen für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen (Heinz-Rudolf Meißner)
- Nr. 8 Wirtschaftsförderung und Gute Arbeit – Neue Herausforderungen und Handlungsansätze (Martin Grundmann und Susanne Voss unter Mitarbeit von Frank Gerlach)
- Nr. 7 Wahlkampf im medialen Tunnel – Trends vor der Bundestagswahl 2013 (Thomas Leif und Gerd Mielke)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert internationale Konferenzen (Mittel-Ost-Europa-Tagungen im Frühjahr), lobt jährlich den „Brenner-Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen, vergibt Kurzstudien und legt aktuelle Analysen vor.

... macht die Ergebnisse der Projekte öffentlich zugänglich.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit.

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 9. April 2015 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC:	HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit

Bank:	HELABA Frankfurt/Main
IBAN:	DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC:	HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 94**
Olaf Hoffjahn, Oliver Haidukiewicz
Deutschlands Blogger
Die unterschätzten Journalisten
- **OBS-Arbeitsheft 93***
Michael Haller
Die „Flüchtlingskrise“ in den Medien
Tagesaktueller Journalismus zwischen Meinung und Information
- **OBS-Arbeitsheft 92***
Bernd Gäbler
AFD und Medien
Analyse und Handreichungen
- **OBS-Arbeitsheft 91***
Alexander Hensel, Florian Finkbeiner u. a.
Die AFD vor der Bundestagswahl 2017
Vom Protest zur parlamentarischen Opposition
- **OBS-Arbeitsheft 90***
Hans-Jürgen Arlt, Martin Kempe, Sven Osterberg
Die Zukunft der Arbeit als öffentliches Thema
Presseberichterstattung zwischen Mainstream und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 89**
Christina Köhler, Pablo Jost
Tarifkonflikte in den Medien
Was prägt die Berichterstattung über Arbeitskämpfe?
- **OBS-Arbeitsheft 88***
Bernd Gäbler
Quatsch oder Aufklärung?
Witz und Politik in heute show und Co.
- **OBS-Arbeitsheft 87***
Kim Otto, Andreas Köhler, Kristin Baars
„Die Griechen provozieren!“
Die öffentlich-rechtliche Berichterstattung über die griechische Staatsschuldenkrise
- **OBS-Arbeitsheft 86***
Lutz Frühbrodt
Content Marketing
Wie „Unternehmensjournalisten“ die öffentliche Meinung beeinflussen
- **OBS-Arbeitsheft 85***
Sabine Ferenschild, Julia Schniewind
Folgen des Freihandels
Das Ende des Welttextilabkommens und die Auswirkungen auf die Beschäftigten
- **OBS-Arbeitsheft 84***
Fritz Wolf
„Wir sind das Publikum!“
Autoritätsverlust der Medien und Zwang zum Dialog

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 30

Netzwerk AfD

Die neuen Allianzen im Bundestag